

Ist die Inflation nur vorübergehend?

26.06.2022 | [Prof. Dr. Eberhard Hamer](#)

Bei einer Telefonumfrage des Mittelstandsinstituts Niedersachsen, ob die Inflation als "nur vorübergehend" angesehen wird (wie dies die herrschende Presse und Regierungspolitik verbreiten), gab es eine Mehrheit von 64% bei den Selbständigen gegen diese Annahme, allerdings eine knapp größere Mehrheit (66%) im angestellten Mittelstand dafür.

Offenbar glauben Beamte und Angestellte, welche regelmäßig ihr Gehalt beziehen, weniger an dessen Wertveränderung als die Unternehmer. Und offensichtlich glauben Unternehmer, die täglich mit sich verändernden Preisen, Umsätzen und Kosten rechnen müssen, mehr der Realität als den politischen Beschönigungen. Der angestellte Mittelstand scheint politikgläubiger zu sein, glaubt der Behauptung einer nur vorübergehenden Inflation bildungsarmer grün-roter Weltuntergangspropheten oder der Aussage, die Inflation sei "unter Kontrolle" einer nicht etwa durch Bank- oder ökonomische Ausbildung, sondern durch Verurteilung wegen Korruption "qualifizierter" EZB-Präsidentin.

Betrachtet man unsere derzeitige Inflationssituation ökonomisch, wird unsere Inflation bleiben, sich verstärken, das Vertrauen in die Währung zerstören und eine Währungsreform erzwingen.

Insofern ist es unbefriedigend, dass nur knapp zwei Drittel der Unternehmer die Gefahr der Inflation erkannt haben, denn Unternehmer, welche diese Gefahr nicht sehen, gefährden sich und ihren Betrieb durch falsches Inflationsverhalten.

Inflation ist nach der Theorie ansteigendes Preisniveau.

Die Preise der Güter steigen eben, wenn entweder Güter durch geringere Produktion knapp werden oder wenn bei gleichbleibendem Güterangebot die Geldmenge deutlich steigt.

Beide Gründe sind zurzeit sichtbar:

- Durch den Corona-Lockdown, die Lieferkettenproblematik und den Ukraine-Krieg haben wir Produktionsstörungen und Produktionseinbußen. Diese werden aber nur kurz- oder mittelfristig dauern, werden im Jahr 2023 ausgestanden sein, also dann zur Preissteigerung nicht mehr beitragen.
- Langfristig dagegen ist die Überliquidität. Die Geldmenge hat sich in den letzten 30 Jahren vervierundvierzigfacht, die Gütermenge nur verfünfacht. Der "Point of return" ist überschritten, die Schuldenexplosion wurde mit Geldmengenvermehrung durch die Zentralbanken so übermäßig erhöht, dass die Staatsverschuldung politisch nicht mehr durch Sparen saniert werden kann. Aber auch erhöhte Steuereinnahmen sind kaum mehr möglich, weil die Besteuerungsquote von über 50% der Arbeitseinkommen liegt, bei noch höherer Steuer also entweder die Arbeit verweigert oder Steuerprotest entstehen wird.

Die Anpassung der Zentralbankzinsen (0 - 1%) an die Marktzinsen (6 - 8%) ist nicht möglich, weil dann die südeuropäischen Länder und Frankreich schon bei 2% Zinsen ihrer Schulden zur Überschuldung auch noch zahlungsunfähig würden.

Eine nicht mehr reduzierbare Inflation wächst aus sich selbst weiter: Die steigenden Produktionspreise führen zu steigenden Güterpreisen, diese zu steigenden Lohnforderungen und diese wiederum zu steigenden Produktionskosten usw. Je mehr Leute dann die Entwertung des Geldes durch die Inflation erkennen, desto schneller wird auch noch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, versuchen die Leute aus dem sich durch Inflation entwerteten Geld in die Sachgüter zu flüchten und beschleunigen die Sachpreise wiederum die Inflation.

Nach der Finanztheorie wird ab dem "Point of no return" die Inflation immer schneller, wird zur galoppierenden Inflation, verliert das Geld seine Wertaufbewahrungsfunktion und immer mehr sogar die Tauschfunktion, wird es schließlich durch schwindendes Vertrauen in den Geldwert zurückgewiesen und eine Währungsreform unumgänglich.

Eine solche Währungsreform wird auch schon vorbereitet: Die FED, die EZB und die Bundesregierung planen eine "digitale Währung". Diese aber kann technisch noch nicht kurzfristig, sondern wohl erst in zwei bis drei Jahren eingeführt werden.

Alles spricht dafür, dass uns die derzeitige Inflation noch zwei bis drei Jahre erhalten bleibt, sich selbst verstärkend beschleunigt und zu einer mittelfristigen Entreicherung aller Geldwertbesitzer und aller Geldeinkommensbezieher einschließlich der Rentner und Sozialeinkommensbezieher wird.

Die wirtschaftlich unsinnigen, nur politisch motivierten Sprüche von der "nur vorübergehenden" oder "unter Kontrolle stehenden" Inflation werden von Regierung und Zentralbank-Bankern nicht mehr lange aufrechterhalten werden können. Da sie aber auch ihre eigene Schuld nicht eingestehen können, ohne aus dem Amt zu fliegen, werden sie Kurzfristereignissen wie dem Ukraine-Krieg, Lieferkettenproblemen oder einer neuen Pandemie die Schuld an der wachsenden Inflation zuschieben wollen und die Mehrheit der angestellten Beschäftigten ihnen diese Notlügen noch glauben - jedenfalls solange die Regierungspropaganda diese Argumente flächendeckend verbreitet.

Es kommt aber nicht darauf an, ob man die Inflation und ihre Dauer erkennt oder nicht, sondern auf die Folgen. Inflation entwertet das Geld, steigert die Sachwerte. Eine längere Inflation entwertet also nicht nur unser Sparkapital, sondern auch unsere monetäre Altersvorsorge (Lebensversicherungen, gesetzliche Altersvorsorgen u.a.), und weil Löhne und Einkommen sich in der Regel weniger erhöhen als das Preisniveau, kommt es zu einer umso größeren Verarmung, je schneller die Inflation sich steigert. Lediglich die Besitzer von Sachgütern bekommen erst noch Wertzuwächse, die aber von den immer und dann verstärkt in Finanznot befindlichen öffentlichen Kassen mit neuen Sachgutbelastungen oder -steuern "um der Gerechtigkeit willen" ebenfalls entwertet werden.

Die Inflation ist also für alle privaten Geldbesitzer und letztlich auch Sachbesitzer ein Verlust, nicht nur für den Staat. Der Staat gewinnt immer neue Einnahmen mit steigenden Güterpreisen (Mehrwertsteuer u.a.) und steigenden Löhnen (Steuerprogression) und hat noch dazu den Vorteil, dass seine Schuldenlast sich wertmäßig um die Inflationsrate vermindert.

Diejenigen - die EU, die Regierungen und die Zentralbanken -, welche durch die Maßlosigkeit ihrer Verschuldung und durch ihre hemmungslose Geldvermehrung¹ die Inflation zum Point of no return und darüber hinaus getrieben haben, sind leider die einzigen Gewinner der Inflation.

Kein Wunder, wenn sich alle Staaten auf Inflationskosten so hoch verschulden, wie es irgend geht und ihnen noch jemand Geld zur Verfügung stellt. Dies war bisher für die Pleistestaaten Europas die Europäische Zentralbank (EZB) mit inzwischen 4,4 Bio. Schuldenübernahmen plus 1,1 Bio. Target-Verschuldung der Pleistestaaten, und es war die EU, welche mit unverantwortlicher Zustimmung von Merkel Gelder in Höhe von 750 Milliarden Euro an die Pleistestaaten verteilen durfte, ohne dafür überhaupt Einnahmen zu haben (EU hat kein Besteuerungsrecht). Aber auch Deutschland hat mit Tricks zur Schuldenvermehrung geholfen - mit ESM, Militärsonderfonds, Ukrainefonds u.a. - und dafür die Schuldenbremse immer wieder ausgesetzt.

Wer als Unternehmer überschuldet ist, muss gesetzlich Insolvenz anmelden. Der Staat und die öffentlichen Körperschaften dagegen nicht. Bei öffentlichen Körperschaften ist Überschuldung normal.

Und wer als Privatperson fällige Schulden nicht mehr bezahlen kann, also zahlungsunfähig ist, muss nach dem Gesetz ebenfalls Insolvenz anmelden. Staaten allerdings nicht. Ihnen hilft dann die EU, die EZB oder die Schuldenunion.

Privatpersonen können sich vor dem Bankrott nur retten, wenn sie ihre Ausgaben nach den Einnahmen richten, wenn sie also weniger ausgeben als sie einnehmen.

Staaten dagegen richten ihre Einnahmen nach den gewünschten Ausgaben und können, wenn sie über ihre Verhältnisse leben (wie z. B. bei der Erhöhung der Rundfunkbeiträge), ihre Einnahmen zwangserhöhen, um laufende und steigende Ausgaben zu decken. Erst wenn in der Endphase der Inflation die galoppierend wachsenden Ausgaben durch Einnahmen nicht mehr gedeckt werden können, sind auch die Staaten bankrott, ist die Währung am Ende und muss eine Generalsanierung her.

Was sich dann so schön "Währungsreform" nennt, ist nichts anderes als die Konkursabwicklung des Staates auf Kosten seiner Bürger, durch Vernichtung der Geldwerte und Enteignung von Güterwerten seiner Bürger durch den Staat.

So ist das Ende der Inflation nach dem "Point of no return" immer gewesen und wird auch diesmal so sein.

Die an der Euro-Verschuldung Hauptschuldige Merkel hat sich schon aus der Verantwortung verdrückt. Die heutigen grün-roten Schuldenmacher werden die Generalbereinigung ebenfalls nicht politisch überleben. Die EU-Schuldenunion wird vielleicht platzen, weil, wenn Deutschland nicht mehr zahlen kann, die Pleistestaaten keinen Nutzen mehr in der Union sehen.

Die Davos-Clique hat den von ihr betriebenen "Great Reset" durch Schulden- und Geldmengenexplosion

globalisiert. Die Welt ist so vernetzt, dass der Zusammenbruch eines Partners alle betrifft. Wir werden also nicht nur eine europäische, sondern eine Weltwährungsreform bekommen, mit dem Unterschied, dass nicht nur das Geld entwertet wird - und damit die Geldbesitzer enteignet -, sondern durch die von den USA befohlenen Sanktionen und Enteignungen auch die Unternehmen weltweit geschädigt werden.

Lassen Sie uns in diesem Sinne handeln, solange die Inflation noch einstellig ist. Sie wird nicht "nur vorübergehend" einstellig bleiben, ist längst nicht mehr "unter Kontrolle" und führt erfahrungsgemäß über die Zweistelligkeit zum sicheren Knall.

© Prof. Dr. Eberhard Hamer
[Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.](#)

¹ Im Volksmund genannt „Gelddruckerei“

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/543382--Ist-die-Inflation-nur-voruebergehend.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinen](#).